

Alfons Pawelczyk dazu: "Wir können nicht in ein sicherheitspolitisches Loch fallen, indem wir auf unsere Optionen verzichten." Auf dem Wege der Gegenseitigkeit sollen vielmehr Verhandlungen aufgenommen werden, bevor neue Waffensysteme eingeführt werden. Deren Entwicklung wird aber sicherheitshalber für den Fall des Scheiterns der Verhandlungen nicht unterbrochen. Devise: Verhandeln ohne Risiko.

Die SPD fordert zudem die Bundesregierung auf, "im Atlantischen Bündnis die Initiative zum Abschluss eines ersten MBFR-Abkommens zu ergreifen". Eine vernünftige Sicherheitspolitik müsse die Rüstungskontroll- und verteidigungspolitischen Zusammenhänge zwischen MBFR, SALT und KSZE berücksichtigen. Vertrauensbildende Massnahmen, wie sie in KSZE-Schlussdokument auf freiwilliger Basis vereinbart wurden, seien in den Vertragsrahmen für MBFR verpflichtend aufzunehmen. Damit berücksichtigt der SPD-Vorstand, dass zu den MBFR- und SALT-Verhandlungen nur ein Teil der europäischen Staaten, einschliesslich USA und Kanada, Zugang hat. Konsequenterweise fordert die SPD: "Auf der KSZE-Folgekonferenz in Madrid 1980 sollte eine Sonderkonferenz vereinbart werden, die Vorschläge für die Weiterentwicklung vertrauensbildender Massnahmen in Europa ausarbeitet."

NORD-SÜD-POLITIK

(Anträge 103 - 147)

Mit der Nord-Süd-Problematik befassen sich 45 Anträge, ein grundsätzlicher Antrag liegt vom Parteivorstand vor. Er geht von den 1977 in Hamburg beschlossenen entwicklungspolitischen Leitlinien der SPD als Weiterentwicklung und Konkretisierung der Grundwerte und Grundforderungen des Godesberger Programms aus, in dem es heisst: "Alle Völker müssen die gleiche Chance haben, am Wohlstand der Welt teilzunehmen. Entwicklungsländer haben Anspruch auf die Solidarität der anderen Völker." Die Solidarität mit den benachteiligten Ländern ist die Grundlage sozialdemokratischer Nord-Süd-Politik. Davon ausgehend wird im Grundsatzantrag gefordert:

- Öffnung der Märkte der Industrieländer zum Nutzen von Nord und Süd, da die wirtschaftliche und soziale Entwicklung im Süden im Norden mehr Arbeitsplätze schafft, als gefährdet.
- Erweiterung der Finanzierungsspielräume für die Dritte Welt, insbesondere über die Nachfrage nach Infrastruktureinrichtungen und Investitionsgütern, was Arbeitsplätze im Norden schafft.
- Angemessene und stabile Rohstoffpreise, die eine langfristige Entwicklungsplanung ermöglichen.
- Lösung der weltweiten Energieprobleme, insbesondere die Nutzung nicht erschöpflicher Energiequellen als Voraussetzung für eine gesicherte Energieversorgung, sowohl im Norden wie im Süden.
- Gemeinsame Lösung der Umweltprobleme.
- Überwindung der weltweiten Knappheit der Lebensmittel.